

Stand: 25.01.2026 00:12:02

Vorgangsmappe für die Drucksache 19/9245

"Mehr Demokratie im Landeselternbeirat"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 19/9245 vom 08.12.2025



Antrag

der Abgeordneten **Florian Streibl, Felix Locke, Anton Rittel, Tobias Beck, Martin Behringer, Dr. Martin Brunnhuber, Susann Enders, Stefan Frühbeißer, Johann Groß, Wolfgang Hauber, Bernhard Heinisch, Alexander Hold, Marina Jakob, Michael Koller, Nikolaus Kraus, Josef Lausch, Christian Lindinger, Rainer Ludwig, Ulrike Müller, Prof. Dr. Michael Piazolo, Bernhard Pohl, Julian Preidl, Markus Saller, Martin Scharf, Werner Schießl, Gabi Schmidt, Roswitha Toso, Roland Weigert, Jutta Widmann, Benno Zierer, Felix Freiherr von Zobel, Thomas Zöller und Fraktion (FREIE WÄHLER),**

Petra Guttenberger, Thomas Huber, Michael Hofmann, Prof. Dr. Winfried Bausback, Dr. Alexander Dietrich, Martina Gießübel, Josef Heisl, Melanie Huml, Andreas Jäckel, Dr. Stephan Oetzinger, Helmut Schnotz, Martin Stock, Karl Straub, Peter Wachler CSU

Mehr Demokratie im Landeselternbeirat

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dafür Sorge zu tragen, dass Art. 14a im Bayerischen Kinderbildungs- und -betreuungsgesetzes (BayKiBiG) insofern angepasst wird, dass mehr demokratische Prinzipien beim Landeselternbeirat ermöglicht werden.

Begründung:

Art. 14a des BayKiBiG soll die Interessen der Eltern gegenüber dem Staatsministerium vertreten und beratend tätig sein.

In der Praxis zeigt sich aber oft, dass zentrale Prinzipien der demokratischen Legitimation, Transparenz, Vielfalt und Repräsentation bislang nicht ausreichend verwirklicht wurden. Es braucht ein demokratischeres Wahlverfahren, sodass es den Eltern in Bayern ermöglicht wird, ihre Vertreter im Landeselternbeirat autark zu bestimmen.

In einem demokratischen Gremium muss auch die gesellschaftliche Realität in Bayern im Landeselternbeirat sichtbar und wirksam vertreten sein. Deshalb sollte von insgesamt 15 Sitzen eine verbindliche Beteiligung von mindestens einem Sitz für Eltern mit Migrationsgeschichte sowie mindestens ein Sitz für eine angemessene Repräsentanz von Eltern von Kindern mit Behinderung und schließlich mindestens ein Sitz für Alleinerziehende ermöglicht werden.